

Gemeinsamer Appell von Kinder- und Jugendärzt/inn/en und Lehrkräften:

Schulen zu sicheren Orten für Schüler und Lehrkräfte machen, Schulschließungen vermeiden und die Lebenschancen von Kindern wahren!

Berlin, 02.01.2021 Im Hinblick auf das Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Bundeskanzlerin am 5. Januar 2021 appellieren die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) und der Deutsche Lehrerverband (DL) gemeinsam an die Politik, alles dafür zu tun, damit Unterricht im neuen Jahr wieder unter verantwortbaren Bedingungen stattfinden kann, obwohl die SARS-CoV-2 Pandemie zunächst fortbestehen wird

Den Vorschlag, die Weihnachtsferien bis Ende Januar zu verlängern und dafür die Sommerferien zu verkürzen, lehnen beide Dachverbände ab. Dazu sagte der DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger: „Eine Verlängerung von Ferien ist nichts anderes als eine weitere Phase der Schulschließung, in der wir Kinder und Jugendliche sich selbst überlassen und unseren Bildungsauftrag nicht wahrnehmen. Außerdem führen solche Vorschläge nicht zu mehr Verlässlichkeit von Schule, sondern zu mehr Verunsicherung!“

Beide Organisationen sind sich einig, dass Präsenzunterricht sowohl zur Erfüllung des Bildungsauftrages als auch unter psychosozialen Gesichtspunkten das Beste für Kinder und Jugendliche ist. Dazu sagte der Generalsekretär der DAKJ Hans-Iko Huppertz: „Schule und Bildung gehören zu den Grundbedürfnissen der Kinder. Schulschließung bedeutet auch nachteilige Auswirkungen auf die psychosoziale und motorische Entwicklung, Kindeswohlgefährdung, Benachteiligung sozial Schwächerer, Gefährdung von Kindern mit besonderen Bedarfen und aktuelle Beeinträchtigung der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen.“

Allerdings sind sich DAKJ und DL bewusst, dass die Frage, in welcher Weise der Schulbetrieb nach den Weihnachtsferien wieder möglich ist, nicht losgelöst vom regionalen und überregionalen Infektionsgeschehen betrachtet werden kann. Auch wenn Schulen in der Regel nicht zu den Infektions-Hotspots zählen, sind sie Teil des Infektionsgeschehens und Infektionen werden dabei sowohl von außen in die Schulen hineingetragen als auch durch Übertragungen innerhalb der Schule wieder in die Allgemeinheit gestreut.

Gemeinsam fordern die beiden Verbände deshalb die Politik auf, jetzt für bundeseinheitliche und verbindliche Rahmenbedingungen und zusätzlichen Gesundheitsschutzmaßnahmen zu sorgen, damit unsere Schulen so bald wie möglich für eine Rückkehr zum Unterrichtsbetrieb bestmöglich vorbereitet sind.

Zu den dringlich zu ergreifenden Maßnahmen zählen:

1. Es muss ein bundesweiter Hygienestufenplan etabliert werden, der abhängig vom Infektionsgeschehen und der Altersstufe klar festlegt, welche Gesundheitsschutzmaßnahmen notwendig sind und welche schulorganisatorischen Konsequenzen daraus folgen: Präsenzunterricht mit oder ohne Maskenpflicht, Wiederherstellung des Mindestabstands mit Wechselunterricht oder phasenweiser Distanzunterricht. Nochmalige komplette Schulschließungen bzw. Ferienverlängerungen sollen dadurch vermieden werden. Für einen solchen Hygienestufenplan hat die DAKJ zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene bereits Vorschläge erarbeitet.

2. Der Infektionsschutz an Schulen ist deutlich zu verbessern.

- Alle Unterrichtsräume und Lehrerzimmer müssen belüftbar sein.
- Der Abstand von 1,5 m zwischen muss bei Wechselunterricht eingehalten werden können.
- Lehrkräften sollen zum Gesundheitsschutz in ausreichender Zahl geeignete Atemschutzmasken zur Verfügung gestellt werden, auch um nicht zu Kontaktpersonen der Kategorie 1 zu werden.
- Schnellteste auf Infektionen mit SARS-CoV-2 sollen bedarfsorientiert an Schulen vorgehalten werden.
- Die Sanitäreanlagen sollen in einen hygienisch einwandfreien Zustand versetzt werden.
- Der Transport in Schulbussen und im öffentlichen Personennahverkehr ist unter Hygienegesichtspunkten zu regeln.
- Lehrkräfte als Hygienebeauftragte sind in jeder Schule vorzusehen.
- Strukturierte Ausbruchsanalysen bei Infektionsfällen in der Schule durch das Gesundheitsamt sind verpflichtend.
- Außerdem sind Schulöffnungen und Schulschließungen durch wissenschaftliche Untersuchungen zu begleiten

Falls möglich sollten Schulen für die Einhaltung der Mindestabstandsregeln zusätzliche Räume zur Verfügung gestellt und außerdem deutlich mehr Busse eingesetzt werden, zumal diese derzeit ausreichend verfügbar sind. Noch ist unklar, wie neue Virusmutanten z.B. die südeingliche Linie B1.1.7 das Infektionsgeschehen beeinflussen könnten. Aber die gemeinsam empfohlenen Maßnahmen könnten auch bei anderen Mutanten das Infektionsrisiko minimieren.

Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung und Betreuung sowie ausreichender Gesundheitsschutz für Lehrkräfte und Schüler müssen gleichermaßen berücksichtigt und gewährleistet werden.

Deshalb liegt nach Auffassung von DKAJ und DL der Ball jetzt auf dem Spielfeld der Politik. Die Landesregierungen und der Bund haben die oberste Verpflichtung, deutlich mehr als bisher dafür zu tun, dass Unterricht ab Ende der Weihnachtsferien wieder möglich wird, damit die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen nicht dauerhaft massiv gefährdet werden. Von dem Treffen am 5.1.2021 zwischen den Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzlerin erwarten die beiden Verbände jetzt eindeutige, die Rechte der Kinder und die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften berücksichtigende Beschlüsse.

Pressekontakt:

Prof. Dr. med. Hans-Iko Huppertz, Generalsekretär
Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin
Mob. 0170 5821842

www.dakj.de

Prof. Dr. med. Johannes Hübner, Erster Vorsitzender
Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie
Mob. 0176 24194368

www.dgpi.de

Chausseestr. 128/129 in 10115 Berlin

Heinz-Peter Meidinger, Präsident
Deutscher Lehrerverband
Mob. 0160/5275608

Dominicusstr. 3

10823 Berlin

www.lehrerverband.de